

Zürich, 10. Dezember 2025

Budgetdebatte 2025:

Jetzt ist es klar: Linke Finanzpolitik der letzten Jahre führt ins Fiasko

Seit vielen Jahren warnt die SVP vor einer massiven Überschuldung und Überinvestition der Stadt – und wurde dafür verhöhnt. Die vielen überkauften Schulhäuser, Sportzentren, Tagesschulen, Velostrukturen und die Sozialausgaben brechen den städtischen Finanzen das Genick. Was die links-grüne Mehrheit im Gemeinderat an Ausgaben bestellt hat und aller Voraussicht nach noch bestellen wird, führt nun im Budget und im Finanz- und Aufgabenplan zu einem Horrorszenario:

Eine Netto-Neuverschuldung von rund 2 Milliarden Franken pro Jahr gefährdet die Mittelfussrechnung (den Free Cashflow) der Stadt und führt zu einem Investitionsvolumen im zweistelligen Milliarden-Bereich, das nicht durch das reguläre Budget abgedeckt werden kann und grosse Fremdkapitalaufnahmen nach sich zieht. Der, vom Stadtrat am 5. Dezember 2025 vorgeschlagene Zielwert für Investitionen von 1,5 Milliarden pro Jahr führt bis 2035 dennoch zu einem Investitionsvolumen von über 16 Milliarden Franken!

Nach Einschätzung der SVP ist dieses Investitionsvolumen bis 2035 auch bei gleichbleibender sehr guter Wirtschaftslage viel zu hoch und wird die Kreditwürdigkeit der Stadt beeinträchtigen. Der von der SVP geforderte Politikwechsel wird nun dringender denn je.

Der Stadtrat hat zwar endlich eingesehen, eine Investitionsobergrenze einführen zu wollen. Wie er dies aber dem Gemeinderat beibringen will, ist schleierhaft. Die links-grünen Politiker sind im Klima- und Ausgabenwahn und werden sich nicht mässigen. Selbst wenn man die Investitionsvorhaben verzögert umsetzen würde, verschlechtert sich die Schuldenlast der Stadt trotzdem gefährlich. Aus Erfahrung kann gesagt werden, dass Links-Links-Grün die Situation schönreden und in jeder Budgetdebatte wieder massive Forderungen nach immer neuen Investitionen stellen wird.

Die Lage ist derart dramatisch, dass selbst eine Verdoppelung der Steuerbelastung die Situation nicht nennenswert verbessern würde. Die Steuerzahler könnten den von den linken Politikern angerichteten Schaden nicht aus eigener Tasche berappen. Das Problem liegt nicht auf der Einnahmenseite, sondern ist im linken Ausgabenrausch zu finden.

Das Einzige, was die Finanzen der Stadt retten könnte, wäre ein bürgerlicher Finanzvorstand, der weiss, wie man einen Finanz-Haushalt zu führen hat. Die Velo- und Klimaprojekte müssen gestrichen werden. Die Projekte der teuren Schulhäuser und Sportanlagen müssen sofort gestoppt und besser geplant werden. Die Ausgaben in der Erfolgsrechnung müssen vermindert und die Investitionen auf ein gesundes Mass reduziert werden. Der Mittelabfluss muss aus dem Cashflow gedeckt werden können. Die Nettoneuverschuldung muss per sofort gestoppt werden.

In den letzten Jahren konnte der Finanzvorstand regelmässig einen Ausgabenüberschuss budgetieren, um dann mit einem Ertragsüberschuss in der Rechnung abzuschliessen. Die goldenen Zeiten sind vorbei. Die Auswirkungen des negativen Cashflows werden bereits in der laufenden Rechnung zu spüren sein.

Das Fazit ist klar: die linke Regierung lebt auf Kosten künftiger Generationen, der linke Gemeinderat kennt kein Mass. Ein Politikwechsel ist dringend nötig, um die Stadt Zürich vor dem sicheren finanziellen Untergang zu retten.

Für Rückfragen:

Johann Widmer, Gemeinderat und Mitglied der Rechnungsprüfungskommission: 076 386 86 86
Samuel Balsiger, Gemeinderat und Fraktionspräsident: 076 241 75 76